Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21308. Girokasse Riesa Nr. 53.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 136. Dienstag, 17. Juni 1919, abends. 72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 4.20 Mark, monatlich 1.40 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 35 Pf., Ortspreis 30 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 55. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Kreishauptmannschaft Dresden hat den **Verkehr mit schweren Lastkraftwagen auf dem von der Großenhain—Elsterwerdaer Staatsstraße nach Ebigau und Strauch führenden Kommunikationsweg auf Grund von § 23 Absatz 1 der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 in Verbindung mit § 2 der Ausführungs-Bestimmungen vom 21. März 1910 verboten.**

Großenhain, am 13. Juni 1919.

Die Amtshauptmannschaft. 438 d H.

Pferdefleisch-Verkauf bei Herrn Albert Mehlhorn

Mittwoch, den 18. Juni, nachm. von 2—4 Uhr auf die Nrn. 1—150 der roten Ausweiskarte.

Gröba (Elbe), am 17. Juni 1919. Der Gemeindevorstand.

Oeffentliche Gemeinderatssitzung Mittwoch, den 18. Juni 1919, abends 8 Uhr im Gasthof Walther. Tagesordnung hängt aus.

Weida, am 17. Juni 1919. Der Gemeindevorstand.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft wird die **Dorfstraße zu Streumen** wegen Aufbringung von Massenschutt vom 18. bis mit 21. Juni gesperrt und der Fahrverkehr über Koselitz—Wülknitz, bez. auf den Weg Glaubitz—Tiefenau (Bettelweg) verwiesen.

Streumen, den 17. Juni 1919. Der Gemeindevorstand.

Donnerstag, den 19. Juni 1919, 10 Uhr vormittags werden im Rittergutshofe Skassa ca. **27 arbeitsverwendungsfähige Pferde** — einschl. **12 3jähr. Panjestohlen und 10 andere 2jähr. Fohlen — öffentlich versteigert.**

Die Pferde werden nur an Pferdekarteninhaber abgegeben. Händler haben keinen Zutritt.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Pferde nur an solche Karteninhaber versteigert werden, die sich schriftlich verpflichten, das Pferd innerhalb von 2 Jahren nicht ohne Genehmigung des Landeskulturrates weiter zu verkaufen, zu vertauschen oder weiterzugeben, und die sich vor der Leistung der Unterschrift unter diese Bedingungen (Verträge) durch eine **behördlich abgestempelte Bescheinigung** über ihre Person ausweisen können. Die Pferdekarte genügt für diesen Zweck allein nicht. Kriegsanleihe wird nicht in Zahlung genommen.

Remontedepot Skassa.

Die Antwort überreicht.

Aus Versailles wird vom 16. Juni gemeldet: **Die Antwortnote der Entente ist Graf Brockdorff-Rantzau um ½7 Uhr abends übergeben worden.**

*

Aus Berlin wird mitgeteilt, daß, falls Deutschland nicht annimmt, sofort die Blockade verschärft und ein allgemeiner Vormarsch auf Berlin angetreten werden soll, bei dem die Belgier über Westfalen, die Amerikaner über Frankfurt a. M., die Franzosen über Hanau und Würzburg marschieren. Engländer und Belgier gehen zusammen. — Offiziös wird bekannt gegeben, daß die Antwort der Entente aus drei Teilen besteht: Einem Brief an den Grafen Brockdorff mit der allgemeinen Antwort, einem Memorandum, das Punkt für Punkt auf die deutschen Gegenvorschläge eingeht und einem Anner mit den neuen Vertragsklauseln. — Die Heeresstärke der deutschen Armee wurde vom Viererrat auf 200 000 Mann festgesetzt, entgegen den Vorschlägen der Sachverständigen, die 300 000 Mann annahmen.

Dem Vernehmen nach beabsichtigte Graf Brockdorff-Rantzau nach Empfang der Schriftstücke noch in der Nacht mit der eigentlichen Delegation nach Weimar abzureisen, wo er heute nachmittag ankommen dürfte. Die übrigen Friedensdelegierten werden nach Berlin reisen, einige Kommissare bleiben in Versailles. Auf der Reise bereits wird die Uebersetzung der überreichten Schriftstücke beginnen.

Aus der Antwort der Alliierten.

Die Pariser Blätter veröffentlichen nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie Auszüge aus den deutschen Gegenvorschlägen. „Le Journal" stellt den ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten den deutschen Gegenvorschlägen und dem endgültigen gestern überreichten Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal": Die Volksabstimmung in Südschleswig ist entsprechend dem Wunsche der Dänen aufgehoben worden, dagegen werden die Beschlüsse für Ostpreußen (Volksabstimmung im Bezirk Allenstein), für Westpreußen (Teilweise Abtretung), für Danzig und Memel (Internationalisierte Zonen) beibehalten. Die deutschen Vorschläge betreffend Elsaß-Lothringen und die belgischen Bezirke werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demzufolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichten solle und aller öffentlicher und privater Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im Voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, seine Handelsmarine und seine Fischereischiffe und Flußschiffe ausliefern soll und demzufolge Oder und Elbe internationalisiert, die Telegraphenkabel konfisziert werden sollen, ist beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalte, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde eine Revision dieser Abmachungen bedingen würde. Die frühere Fassung über Wiedergutmachung und finanzielle Fragen ist beibehalten worden, jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über die diskutiert werden wird. Die Bedingungen der Strafmaßnahmen bleiben unverändert. In einer Zusammenfassung erklärt das „Journal": Abgesehen von Zugeständnissen in Oberschlesien, sei das territoriale Statut beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor sehr bald erfolgenden gänzlichen Veränderungen. Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde bedroht den Vertrag mit völliger Umwälzung.

„Chicago Tribune" berichtet, daß Marschall Foch kurz nach seinem Eintreffen im interalliierten Hauptquartier in Luxemburg von Clemenceau nach Paris zurückgerufen wurde, um dort Nachricht abzuwarten, ob Deutschland unterzeichnet oder nicht. Wilson wollte gestern noch Paris verlassen, um Brüssel, Ypern und Löwen zu besichtigen. Er wird am Freitag wieder in Paris sein. Der Oberste Blockaderat ist zusammengetreten, um die letzten Maßnahmen zu besprechen, die erforderlich würden, wenn Deutschland die Friedensbedingungen nicht unterzeichnet.

Der Wiener Kommunistenputsch.

Die brutale und weltfremde Gewaltpolitik der Entente hat nun auch das ausgehungerte, apathische, nach nichts als Ruhe und Frieden sich sehnende Wien zur empörten Verzweiflung getrieben. Man erinnert sich noch, wie Ungarn durch die willkürlich rohe Grenzbestimmung in die Arme des Kommunismus getrieben worden ist. Der französische Ententevertreter in Budapest teilte in einer kategorischen Note mit, die ungarischen Streitkräfte hätten sich von der bisherigen Demarkationslinie zurückzuziehen und weite Gebiete ungarischen Landes den Rumänen und Tschechoslowaken zu überlassen. 24 Stunden nach Veröffentlichung dieser Note war Graf Karolyi gestürzt und die Räterepublik ausgerufen. Aehnlich, nur noch nicht mit dem gleichen Ergebnis, ging es nun in Wien: Hier erließ der italienische Ententevertreter in Wien einen Ukas, daß die Volkswehr bis spätestens 15. Juni von ihrem bisherigen Bestande wesentlich herabzumindern sei. Wenn man weiß, daß die deutsch-österreichische Volkswehr sich auf ein paar tausend Mann beschränkt, die an alles andere denken, nur nicht an Krieg, so ist ohne weiteres erkenntlich, daß der italienische Befehl sonst nichts bedeuten kann als eine kleinliche, höchst sinnlose und überflüssige Schikane und Machtprotzerei. Man will den Oesterreichern „zeigen, was eine Harke ist". Nun ist aber die Arbeitsgelegenheit in Wien zur Zeit sehr gering, die Volkswehrleute fühlen sich vor dem Verhungern geschützt — kein Wunder, wenn daher die Aussicht, daß ein erheblicher Teil von ihnen auf italienisches Kommando auf die Straße geworfen und brotlos wird, nun beträchtliche Erregung hervorrief und Wasser auf die kommunistischen Mühlen trieb. Die herrschenden Regierungssozialisten scheinen ja nun die große Mehrheit der Volkswehr noch in der Hand zu haben und so ist der am Sonntag ins Werk gesetzte Putsch vor der Hand erfolglos geblieben. Es hat infolge des von den Kommunisten veranstalteten Massenaufzuges größere Unruhen und ein paar Tote und Verwundete gegeben, der überwiegende Teil der Volkswehr-Leute hat sich jedoch der Parole der regierenden Sozialdemokratie gefügt und ist nicht ins kommunistische Lager übergegangen. Wie lange kann aber diese Widerstandskraft noch dauern? Die wahnsinnigen Friedensbedingungen von St. Germain haben in Deutsch-Oesterreich einen Zustand hervorgerufen, der einen überaus günstigen Nährboden für jede Verzweiflungspolitik bildet. Schließlich sagt sich jeder Wiener, es ist ziemlich gleichgültig für ihn, ob er von den Tschechoslowaken, den Polen, den Italienern oder — von den Bolschewisten ausgeplündert wird.

*

Die Opfer des Putsches.

Bei den vorgestrigen blutigen Zusammenstößen der von den Wiener Kommunisten aufgehetzten Volksmenge mit der Polizei sind ausseiten der Demonstranten elf Personen getötet und über 70 verletzt worden. In der Liste der Verletzten fällt die große Zahl von jugendlichen Demonstranten im Alter von 14 bis 20 Jahren auf.

Die Obmännerkonferenz der Wiener Arbeiterräte beschloß, wie die sozialdemokratische Korrespondenz meldet, an die Arbeiterschaft eine Kundgebung zu richten, in der der beklagenswerten Opfer der vorgestrigen blutigen Ereignisse gedacht wird, zu denen abermals die Verblendung der Kommunisten geführt habe und festgestellt wird, daß ihre Absichten gescheitert sind. Die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden. Die Organisatoren des Putsches, die gegen den deutlich erklärten Willen des Wiener Arbeiterrates den Gewaltstreich planmäßig vorbereitet hatten, wurden in der Nacht zum Sonntag in polizeilichen Gewahrsam gebracht, jedoch um die Erregung zu begrenzen, auf Verlangen der Arbeiter- und Soldatenräte bereits wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Obmännerkonferenz hat einen Unterausschuß eingesetzt, der heute dem Arbeiterrat in Wien Bericht erstatten wird. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, in dieser schweren Zeit Besonnenheit und Ruhe zu bewahren, und die Arbeiterräte zu unterstützen, die den Willen des Proletariats zum Ausdruck bringen würden.

Die Wiener „Arbeiterzeitung" meldet, daß sich dort ein kommunistisches Direktorium gebildet habe, dem ein Ungar als Vertrauensmann seines Landes angehört.

Sitzung der Sächsischen Volkskammer.

Nach einer 14tägigen Pfingstpause trat die Kammer gestern nachmittag 4 Uhr in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer und der Minister Uhlig, Nitsche und Schwarz wieder zusammen. Nachdem Präsident Fräßdorf bekannt gegeben hatte, daß der Kammer vom Gesamtministerium eine Aufstellung zugegangen ist, die den im Mai vorgelegten Nachtragsetat auf die Jahre 1918/19 ergänzt und berichtigt, trat die Kammer in die Tagesordnung ein, auf der zunächst die allgemeine Vorberatung über die Vorlage, den Entwurf eines Gesetzes über die Dienststellung der Minister betreffend, stand, über die wir bereits berichteten. Abg. Schiersand (Dem.) stimmte für seine Partei dem von der Fraktion der Mehrheitssozialisten eingebrachten Antrage, die Vorlage an den Finanz-Ausschuß A zu überweisen, zu und betonte, daß der jährliche Gehalt eines Ministers in Höhe von Mark 30 000 nicht zu hoch sei. Hierauf gaben Abg. Fleißner (Unabh.) u. a. und ebenso Abg. Beutler (D.-N.) für ihre Parteien die Zustimmung zum Ueberweisungsantrag, wobei letzterer Bedenken hegte gegen § 3 der Vorlage, der Bestimmungen über Ansprüche der Minister im Falle des Rücktritts oder der Entlassung enthält. Nachdem Abg. Blüher (D. Vp.) beanstandet hatte, daß die Vorlage unter noch nicht gefestigten Zuständen eine dauernde Regelung schaffe und nach Ausführungen der Abgg. Sindermann (Soz.) und Fleißner (Unabh.) sowie des Ministers Schwarz über die Höhe der Gehälter wurde die Vorlage auf einstimmigen Kammerbeschluß dem Finanz-Ausschuß A überwiesen.

Zum anderen Punkt der Tagesordnung, der Vorberatung über die Vorlage, den Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, Bezirksausschüssen und Kreisausschüssen betreffend, worüber von uns schon berichtet wurde, führte Minister Uhlig aus, daß der Entwurf vollkommen dem Gedanken der Demokratie entspricht. Er wird dazu beitragen, das Vertrauen zur inneren Verwaltung zu erhöhen. Hierauf erklärt Abg. Scherffig (Soz.), daß der Entwurf noch nicht alle Wünsche seiner Partei erfülle und Abg. Hartmann (Dem.) beantragte, die Vorlage dem Gesetzgebungsausschuß zur Weiterberatung zu übergeben und besprach eingehend verschiedene Paragraphen. Nach den folgenden Ausführungen des Vizepräsidenten Lipinski ist die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie mit der Aenderung der Wahlen zu den Bezirksversammlungen, nicht aber mit der Regelung der Verhältniswahl einverstanden. Hierauf bezeichnete Abg. Leithold (D.-N.) die alte Bezirksverfassung als vorsintflutliche Einrichtung und bemängelte ebenso wie Abg. Dr. Niethammer (D. Vp.) mehrere Paragraphen der Vorlage. Nachdem Minister Uhlig einige Behauptungen der Vorredner richtiggestellt und Abg. Dr. Roth (Dem.) gegen einzelne Paragraphen Stellung genommen hatte, wurde die Vorlage dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen und die Sitzung kurz nach 7 Uhr nachmittags geschlossen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 17. Juni 1919.

—* Theater im Hotel zum Stern. **Es sei noch einmal auf das Gastspiel der vereinigten Stadttheater Freiberg—Meißen am Mittwoch, den 18. Juni hingewiesen.** Zur Aufführung gelangt zum letzten Male die Operette „Das Dreimäderlhaus" mit Arthur Hennig als Baron Schober.

— Keine Fleischpreiserhöhung in Sachsen. Die sächsische Regierung hat die Erhöhung der Fleischpreise abgelehnt. Die Verminderung des Verdienstes sei auf die gegenwärtige geringe Fleischration zurückzuführen, die erschwerte Viehaufbringung dürfte aber ihren Tiefstand erreicht haben und eine Besserung zu erhoffen sein, zumal die Fleischzufuhr aus dem Auslande begonnen habe. Wenn die Fleischer darauf hinwiesen, es sei ungerecht und unsozial, eine Erwerbsgruppe zugunsten der Allgemeinheit leiden zu lassen, so sei es noch unsozialer, lediglich zugunsten einer verhältnismäßig kleinen Anzahl Gewerbetreibender die Allgemeinheit mit einer weiteren Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel zu belasten.

— Der 29. Verbandstag der Landwirtschaftlichen Genossenschaften Sachsens fand am Freitag unter reger Anteilnahme im Vereinshaus in Dresden statt. Oekonomierat Dr. Petermann eröffnete den Verbandstag. Der Jahresbericht wurde von Pfarrer Schmeil-Krebis erstattet. Das Berichtsjahr verzeichnet 25 Neugründungen. Zurzeit umfaßt der Verband 534 Genossenschaften. Nach den bisher vorliegenden statistischen Erhebungen gehörten den Verbandsgenossenschaften Ende 1917 rund 40 000 Mitglieder oder 60 Prozent der in Sachsen vorhandenen 6700 selbständigen Landwirte an. Der Gesamtumsatz betrug 1917 1349 Millionen Mark. Der Buchwert des Grundbesitzes und der Anlagen betrug 7½ Millionen, das Bankguthaben 44 Millionen Mark. An Rohstoffen wurden 3,9 Millionen Zentner für 19 Millionen Mark bezogen, an landwirtschaftlichen Erzeugnissen 2 547 000 Zentner für 32 Millionen Mark abgesetzt. Als die nächsten Hauptaufgaben der Genossenschaften bezeichnet der Bericht die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes durch gesteigerte Ernteerträge und die Förderung der Kapitalbildung nach jeder Richtung. Im Geldgeschäft der Genossenschaft war eine sehr starke Geldflüssigkeit und ein starkes Anwachsen der Einlagen bei den Genossenschaften zu beobachten, hervorgerufen durch den fortgesetzten Raubbau, den die Landwirtschaft notgedrungen an ihrer alten Wirtschaftskraft treiben muß. Im Warengeschäft herrscht infolge der Blockade Mangel an vielen wichtigen Rohstoffen, so insbesondere an Rohphosphaten und Kraftfutterstoffen. Der Zentralorganisation des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften gehören gegenwärtig rund 20 000 von insgesamt mehr als 30 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften an. Seit 26 Jahren steht Geh. Hofrat [illegible] an der Spitze des Verbandes. Er